

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüchengrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinpaltige Seite 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gepaltene Seite 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 28.

Dienstag, den 4. Februar

1913.

Tetanus-Antitoxin mit der Kontrollnummer 80 aus dem Behringwerk in Marburg ist wegen Abschwächung zur **Eingiehung** bestimmt worden. Dresden, am 31. Januar 1913.

Ministerium des Innern,
II. Abteilung.

Grundsteuer und Hundsteuer betreffend.

Am 1. Februar 1913 ist der **1. Grundsteuertermin** auf das Jahr 1913 fällig. Derselbe ist bei Vermeidung der zwangsweisen Eingiehung bis **spätestens zum 15. Februar dieses Jahres** in hiesiger Stadtsteuer-Einnahme zu entrichten. Gleichzeitig wird nochmals an die **umgehende Bezahlung der Hundsteuer** auf das Jahr 1913 erinnert.

Stadtrat Eibenstock, den 1. Februar 1913.

Höhere Abteilung der Oeffentlichen Handelslehranstalt zu Plauen i. V.

— 3 jähriger Kursus. —

Die höhere Abteilung hat die Aufgabe, ihren Schülern außer einer über das Ziel der Volksschule hinausgehenden Allgemeinbildung eine den Anforderungen der Gegenwart entsprechende **höhere kaufmännische Fachbildung** zu vermitteln und sie zur **Erwerbung des Berechtigungsscheines zum einjährig-freiwilligen Militärdienst** zu befähigen. Zum Eintritt in die 3. Klasse werden Kenntnisse vorausgesetzt, wie sie auf einer gehobenen Bürgerschule nach 8jährigem Schulbesuche erworben werden können. Außerdem wird sichere Beherrschung der Grammatik der französischen Sprache bis einschl. der regelmäßigen Verben verlangt. **Oftern 1913** wird die **1. Klasse** errichtet werden.

Weitere Auskunft erteilt gern und Anmeldungen nimmt entgegen

Professor Viehzig, Direktor.

Vor der Entscheidung.

Der heutige Montag soll die Entscheidung bringen, ob das Blutvergießen auf dem Balkan fortgesetzt werden wird oder nicht; denn wenn es den Mächten nicht noch in letzter Stunde gelingen sollte, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern, werden heute abend um 7 Uhr die Kanonen vor Adrianopel und Tschataltscha wieder ihre Stimmen erheben. Gewiß geben die Mächte sich alle denkliche Mühe, dies zu verhindern, und Deutschland hat sogar selbständig Schritte übernommen, um den Bulgaren-König abzubringen von dem Vorhaben, erneute Schlachten zu schlagen. Ob es helfen wird? Unter „Ladzegegeschichte“ werden unsere Leser eine Nachricht aus Wien finden, nach der Kaiser Franz Josef an den russischen Zaren ein Handschreiben gerichtet hat, das eine Verständigung zwischen diesen beiden Mächten anbahnen soll. Wer sich aufs Kombinieren verlegt, kann unter den obwaltenden Verhältnissen hieraus folgern, daß man in den leitenden Kreisen nicht allzuviel Hoffnung auf baldige Herbeiführung des Friedensschlusses hegt und deshalb die Politik der „Kollaboration“ als unbedingte Notwendigkeit betrachtet. Ein weiterer Umstand, der dazu schließen läßt, daß die Balkanier kaum daran denken, die Kündigungsfrist des Waffenstillstandes zu verlängern, ist in den Ausrührungen Benizelos zu erblicken, die hier folgen mögen:

London, 1. Februar. Bei seiner Abreise erklärte Benizelos einem Vertreter des Reuterschen Bureau: Ich sage Ihnen nicht Lebwohl, sondern au Wiedersehen. Ich bin überzeugt, daß wir in einiger Zeit wieder zusammenkommen werden, um den Frieden abzuschließen. Vorher müssen jedoch die Türken die Friedenspräliminarien auf dem Schlachtfelde unterzeichnen.

Daß auch in Sofia die Stimmung nicht gerade friedliebend ist, oder daß man dort nur unter der Bedingung, daß ganz Adrianopel den Bulgaren anheimfällt, Frieden zu schließen gewillt ist, beweist nachstehende Meldung:

Sofia, 2. Februar. Die hiesigen Regierungskreise sind auch jetzt noch der Ansicht, daß die Antwortnote der Pforte die letzten Entschlüsse der Verbündeten nicht beeinflussen könne; es müsse zu neuen Kämpfen kommen. Würden die Türken im letzten Augenblick um Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen ersuchen, so könnte diesem Gesuch nur unter der Bedingung der tatsächlichen Uebergabe von Adrianopel entsprochen werden.

Die Nachrichten, die von einer möglichen Erhaltung des Friedens sprechen, mögen nun folgen:

Berlin, 2. Februar. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt in ihrer Wochenrundschau: „In dem Augenblick, da diese Zeilen erscheinen, ist die Hoffnung noch nicht geschwunden, daß es nach den letzten Erklärungen der Pforte dem einheitlichen Bemühen der Großmächte gelingen könnte, erneutes Blutvergießen zu vermeiden. Ueber den Ernst der europäischen Friedensbestrebungen können die Türkei und die Balkanstaaten nach den beiden Teilen zugehenden, wohlgemeinten Ratschlägen nicht im Zweifel sein. In dieser Einwirkung werden die Mächte nicht nachlassen. Sollten wider Verhoffen die Feindseligkeiten abermals beginnen, so steht schon jetzt fest, daß in diesem Falle die Mächte auch für den zweiten, voraussichtlich nur kurzen Teil des Balkankrieges neutrale Zurückhaltung beobachten und jede Sonderunternehmung vermeiden werden, wodurch die Beschränkung des Kampfes auf seinen Herd erschwert werden könnte.“

Konstantinopel, 1. Februar. Diplomatische Kreise glauben, daß ein Kollektivschritt der Mächte in Konstantinopel unmittelbar bevorsteht. Die Demarche werde jedoch aus Zeitmangel nicht schriftlich, sondern mündlich erfolgen. Trotz der patriotischen Bewegung glaubt man noch an die Möglichkeit, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern. Sollte es dazu kommen, meint man, würden die Bulgaren nur Adrianopel angreifen, an der Tschataltscha-Linie jedoch untätig bleiben. Die Tatsache, daß seit dem Augenblick der Kündigung des Waffenstillstandes an der Börse eine Hausseebewegung herrscht, macht Eindruck. Der Generalissimus Izzet Pascha ist aus Tschataltscha zurückgekehrt und präsiidierte gestern bei einer wichtigen Beratung von höheren Offizieren im Kriegsministerium.

Sofia, 2. Februar. Wie von kompetenter Seite mitgeteilt wird, haben die türkischen Delegierten in London den Delegierten der Balkanstaaten mitgeteilt, daß sie bereit sind, die Verhandlungen fortzusetzen. Darauf antworteten die Delegierten der Balkanstaaten, daß sie diesen Vorschlag annehmen würden, falls die Türkei vorher die Bedingungen des Balkanbundes annimmt.

Tagesgeschichte.

Benizelos.

— Botschafter a. D. von Holleben †. Der frühere Botschafter Wirkl. Geh. Rat von Holleben ist am Freitag abend, im 73. Lebensjahre, in Charlottenburg an Herzschwäche gestorben.

— „R. A. 3.“ und Poleninterpellation. Zur Poleninterpellation im Reichstag bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“: Auf der Grundlage der von den Polen und einem Teil des Zentrums eingebrachten Interpellation ist die preussische Ostmarkenpolitik mit Bezug auf die Anwendung des Enteignungsprozesses zum Gegenstand der Kritik des Reichstages gemacht worden. Hierin liegt der Versuch einer Verschiebung der verfassungsrechtlichen Zuständigkeiten. Heute noch gilt, was die vom Fürsten Bismarck am 1. Dezember 1885 im Reichstage vorgelegte Allerhöchste Botschaft ausführte: „Es gibt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Kontrolle des Reichstages die Aufsicht über die Handhabung der Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu führen, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist.“ Der Reichstagskanzler war daher verpflichtet, jenen mit dem deutschen Verfassungsrecht in Widerspruch stehenden Versuch zurückzuweisen. Trotzdem ist im Reichstag mit Hilfe des Zentrums und der Sozialdemokratie der polnische Antrag angenommen worden, daß die Zulassung der Enteignung für die Zwecke der preussischen Ansiedlungskommission durch den Reichstagskanzler nicht der Auffassung des Reichstages entspreche. Einem solchen im Anschlusse an eine Interpellation von einer Mehrheit des Reichstages beschlossenen Votum kommt um so weniger staatsrechtliche Bedeutung zu, als sein Gegenstand überhaupt der Zuständigkeit im Reiche entzogen ist. Die politische Folge dieses Eingriffs in einzelstaatliche Rechte wird aber sein, daß sich die Polen in ihrer Agitation gegen das deutsche Ansiedlungswort in den Ostmarken gestärkt fühlen. Das kann jeder deutsche Mann, sei er Preuße oder Nichtpreuße, Anhänger oder Gegner der Enteignung, nur lebhaft bedauern.

Im preussischen Abgeordnetentage hielt am Freitag Abgeordneter von Kardorff (Fronf.) scharfe Abrechnung mit der Sozialdemokratie, wandte sich gegen die Haltung des Zentrums in der Polensfrage und gegen die nach seiner Meinung viel zu schwache Haltung der Reichsregierung gegenüber sozialdemokratischen und freigeistlichen Tendenzen. Er ging von dem Mißtrauensvotum aus, welches das Zentrum im Reichstage dem Reichskanzler mit allen Reichsfeinden zusammen erteilt hat, und er fand scharfe Worte dagegen, daß der Reichstag sich überhaupt mit der preussischen Polenpolitik beschäftigt hat.

Keine Jubiläumsbriefmarken der Reichspost. Die neuerdings mehrfach in den Zeitungen verbreitete Nachricht, daß anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers neue Briefmarken herausgegeben werden sollen, entbehrt der Grundlage, da, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, eine Aenderung der jetzt gültigen Postwertzeichen zurzeit nicht beabsichtigt ist.

Bayerische Staatszeitung über die Heeresvorlage. Die „Bayerische Staatszeitung“ schließt ihren Sonntags-Leitartikel, der sich mit der Heeresvorlage befaßt, mit folgender Mahnung an die Parteien: So einschneidend diese Gedankenfrage sind, so scheint ihnen doch der Weg zum Verständnis jener Kreise versperrt, die die öffentliche Meinung beeinflussen, versperrt durch die Wirral, die unser politisches Leben erschwert und die edelsten Kräfte unseres Volkes zermüht. Wer immer aber in den kommenden Tagen über die Heeresvorlage spricht oder schreibt, sei sich klar darüber, daß hier eine Frage des deutschen Reichstages harret, die über den Interessen steht, in deren Bannkreis die Parteien sich sonst befangen fühlen, eine Frage, die würdig nur in Einigkeit und Geschlossenheit gelöst werden kann.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Handschreiben Kaiser Franz Josefs an Zar Nikolaus. Kaiser Franz Josef hat an den Zaren Nikolaus ein Handschreiben gerichtet, dem außerordentlich hoher Wert beigemessen wird. Die Wiener „Reichspost“ meldet zu dem Handschreiben Kaiser Franz Josefs an den Zaren: In diplomatischen Kreisen legt man diesem Schreiben große Bedeutung bei und sein Inhalt sei von solcher Wichtigkeit, daß er vorläufig nicht angebeutet werden könne. In diplomatischen Kreisen ist man fernere der Meinung, daß das Schreiben erfolgt sei, als es der Diplomatie nicht mehr möglich gewesen sei, auf die Lage bessernd einzuwirken und als die Diplomatie nicht mehr ausreichend gewesen sei, um die Lage zu klären. Das Schreiben war schon am 20. Januar verfaßt, doch unterließ man damals seine Absendung. Das Schreiben an den Zaren stelle den ersten Ansatz zu einem neuen brieflichen Verkehr zwischen dem Zaren und dem österreichischen Kaiserhause dar, der seit Jahren unterbrochen gewesen sei. In einigen Wochen begehle das Haus Romanow sein dreihundertjähriges Bestehen und das Schreiben dürfte angesichts dieser Gelegenheit eine besondere Bedeutung haben. Es wurde in Petersburg durch den Grafen Hohenlohe überreicht, der dort österreichischer Militärattaché ist und am russischen Hofe sich großer Beliebtheit erfreut.

Rußland.

Zur Wiedergenesung des Zaren. Der Zarewitsch empfing am vergangenen Sonntag eine Abordnung Uralkosaken, die ihm zu seiner Genesung ihre Glückwünsche überbrachte.